

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917

6.2.1917 (No. 36)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 36

Dienstag, den 6. Februar 1917

160. Jahrgang

Expedition:
Karlsruhe, Straße Nr. 14
Verleger: Dr. G. S. 339 und 344,
Postfach Nr. 339
Karlsruhe
Nr. 335.

Verantwortung: vierteljährlich 4 M.; durch die Post im Gebiet der deutschen Postverwaltung, Postgebühren eingeschlossen, 4 M. 17 P. —
Anzeigengebühr: die 6 mal gestattete Zeitungs- oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der
als Kassenzahlung gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Anzeigen-
zwangweiser Verbreitung und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Halle von höherer Gewalt, z. B. Feuer,
Kriegsereignis, Wassereinsatz, Betriebsstörung oder in deren unmittelbarem Bereich hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die
Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang, oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Ausgaben wird keine Gewähr übernommen.

Unverlangte Druckfahnen
und Manuskripte werden nicht
zurückgegeben, und es wird
keine Verantwortung für
welche Vergütung übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben
sich unter dem 25. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden,
dem Direktor des Reichs-Chemischen Fabriken Dr. Wilhelm
Glemm in Mannheim das Kriegsverdienstkreuz zu verleihen.

Bekanntmachung

Vom 4. Februar 1917.

Höchstpreise für Eier betr.

Auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 1. August 1914
in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember
1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339, 513) wird bestimmt:

§ 1.

Der Preis für ein Hühnerei guter Beschaffenheit darf
beim Verkauf durch den Geflügelhalter (Erzeugerpreis)
höchstens 22 Pfennig betragen. Dieser Höchstpreis gilt
sowohl ob landwirtschaftlichem Betrieb wie frei Sammel-
stelle. Nur in Hofgemeinden oder bei erheblicher Entfern-
ung des hühnerhaltenden Betriebs von der Sammel-
stelle ist, falls die Eier nicht abgeholt werden, für die
Verbringung der Eier zur Sammelstelle eine besondere,
vom Kommunalverband festzusetzende Vergütung zu ent-
richten.

§ 2.

Der Höchstpreis beim Weiterverkauf an den Verbrau-
cher (Verbraucherpreis) darf für ein Hühnerei guter Be-
schaffenheit höchstens 26 Pfennig betragen. Die Kom-
munalverbände sind befugt den Verbraucherpreis nie-
derer festzusetzen.

§ 3.

Die städtischen Kommunalverbände dürfen den Preis für
ein Hühnerei beim Verkauf durch den Geflügelhalter (Er-
zeugerpreis) abweichend von der Vorschrift des § 1, jedoch
nicht höher festsetzen, als daß diese Eier nach Deckung der
erwachsenden Unkosten zu 26 Pfennig an die Verbraucher
abgegeben werden können.

§ 4.

Der Höchstpreis beträgt beim Verkauf durch den Ge-
flügelhalter frei Sammelstelle für ein Enten- 30 Pfennig
und für ein Gänse- 50 Pfennig. Der Preis beim
Weiterverkauf an den Verbraucher darf den Erzeugerpreis
um höchstens 4 Pfennig überschreiten.

§ 5.

Geflügelhalter, welche die in § 2 der Verordnung des
Ministeriums des Innern vom 31. Januar 1917, die
Verordnung mit Eiern betr. (Ges. und Verord. S. 20),
vorgesehene Erlaubnis des Kommunalverbands zur
gewerbsmäßigen Abgabe von Eiern zu Brutzwecken be-
sitzen, sind bei der Abgabe dieser Brüterier zu Brutzwecken
an Höchstpreise nicht gebunden.

Falls andere Geflügelhalter Eier zu Brutzwecken im
Umtausch gegen andere Eier abgeben, so dürfen sie ein
Aufgeld von höchstens 10 Pfennig für das Stück ver-
langen.

§ 6.

Die Vorschriften dieser Bekanntmachung gelten nicht
für die aus dem Ausland eingeführten, durch die Badische
Eierversorgung an die Kommunalverbände vermittelten
Eier.

§ 7.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer
Verkundung in Kraft.

Karlsruhe, den 4. Februar 1917.

Großh. Ministerium des Innern:

K. N. Weingärtner. Dr. Dittler.

Die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Hochbauamt betreffend.

Die Annehmungen zu der im laufenden Jahre abzu-
haltenden Staatsprüfung im Hochbauamt sind spätestens
bis Ende März 1917 mit den in § 8 Abs. 1 der landes-
herrlichen Verordnung in der Fassung der Bekannt-
machung vom 21. August 1914 (Ges. u. V. D. M. von 1914
Seite 336) bezeichneten Angaben und Nachweisen bei uns
einzureichen, worauf über die Zulassung entschieden
wird.

Karlsruhe, den 2. Februar 1917.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Der Ministerialdirektor:

Schellenberg.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 5. Februar.

* Vom Tage.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat den Ab-
bruch der diplomatischen Beziehungen mit
Deutschland in einer Botschaft an den Kongreß erklärt,
die uns, falls die neutrale Wiebergabe richtig sein sollte,
deutlich zeigen würde, daß er bei aller Friedensliebe in
der Theorie vor erörterten, also kriegerischen Maßnahmen
in der Praxis nicht zurückbleibt. Wilson erklärt unum-
wunden, daß Amerika, wenn amerikanische Schiffe und
Menschenleben geopfert werden sollten, Mittel anwenden
wird, die notwendig sind, um Amerikas Seeleute und
Bürger zu schützen. Und alle Neutralen würden ganz
selbstverständlich denselben Weg beschreiten. Nach Wil-
sons Auffassung hat jeder Amerikaner ein Recht auf
Freiheit und unbelästigtes Leben. Er hofft, daß die
Union von Seiten Deutschlands nicht etwa herausgefor-
dert werde, dieses Recht zu verteidigen. Wilson will be-
stimmte Daten abwarten, bevor er handelt. Denn das
amerikanische Volk wünsche keine kriegerischen Konflikte
mit Deutschland, dessen aufrichtiger Freund es sei. Der
Präsident gibt sich den Anschein, als ob er an die Mög-
lichkeit solcher Daten nicht glaubt. Danach hätte Deut-
schland mit der Ankündigung des unbeschränkten U-Boots-
kriegs nur eine Drohung ausgesprochen und würde auf
das Einschreiten der Union hin genau so mit sich lassen,
wie das im Frühjahr 1916 geschah. Es beruht
sich nicht, wenn man in der Botschaft die Wendung lieh,
es sei nicht zu glauben, daß Deutschland das tat, daß
ich zu tun beschließt, was zu tun es sich für berechtigt
hält. Die Ausdrücke, mit denen der Präsident den Ent-
schluß der deutschen Regierung kennzeichnet, sind auf
denselben befehlenden schulmeisterlichen Ton gestimmt,
der seine bekannte Note vom 8. April 1916 auszeichnete.
Er spricht von der „unwilligen Durchführung eines un-
barmherzigen Flottenprogramms“, von einer „nachlässigen
Übertretung des Völkerrechts“, den verschärften
U-Bootskrieg nennt er „Alte vorläufiger Ungerechtig-
keit“. Dem nordamerikanischen Volke empfiehlt sich Wilson
damit, daß er in seiner Botschaft feststellt, er beabsichtige
nichts anderes, als eine „vernünftige Verteidigung der
unzweifelhaften Rechte dieses Volkes“.

Zu der Botschaft haben wir von unserm deutschen
Standpunkte folgende Bemerkungen zu machen, die
natürlich nur dann ihre Geltung behalten, wenn
der uns von Neuter übermittelte Text im ge-
genen Ganzen richtig ist. Wir können unse-
rerseits nicht glauben, daß Wilson wirklich die innere
Meinung hegt, unsere Ankündigung sei eigentlich nur
Bluff, und wir würden uns den nordamerikanischen
Wünschen schon anbequemen, wenn wir sähen, daß die
Union Ernst macht. Wäre dies wirklich Wilsons Ansicht,
so hätte er nicht nötig gehabt, die diplomatischen Beziehun-
gen abzubrechen, unserm Vorkämpfer die Rasse zuzustellen
und seinen eigenen Botschafter abzurufen. Denn Ver-
handlungen, wie im Frühjahr 1916, können doch nun
nach Abbruch der Beziehungen nicht mehr geführt wer-
den. Wilson wird sich doch wohl auch gesagt haben, daß
eine kriegsführende Großmacht unmöglich eine so feierliche
und so bestimmte Ankündigung veröffentlicht, mit dem
stillen Vorbehalt, daß man sich ja durch diplomatische
Vorstellungen eine neue Einschränkung abtun lassen
könne. Wir haben den neutralen Staaten, so vor allem
Nordamerika, der Schweiz und Holland von vornherein
ein erhebliches Entgegenkommen bewiesen, indem wir
ihnen gewisse Zufuhrstraßen zur See offen ließen. Dar-
über wesentlich hinauszuweisen, verbietet sich von selbst,
da sonst der sogenannte unbeschränkte U-Bootskrieg wie-
der zu einem mehr oder minder eingeschränkten U-Boots-
krieg würde. Und das ist ja gerade der Sinn und die Be-
deutung unseres Entschlusses, daß wir uns zu Einschrän-
kungen nicht mehr verstehen können. Wir wissen nicht, ob
es möglich ist, der Union noch weiter entgegenzukommen,
als es schon geschehen ist. Eines aber wissen wir, daß es
den U-Bootskrieg abbrechen hieße, wenn wir die Wünsche in
ihrem Kern befriedigen würden. Und Wilson weiß dies
sicherlich auch selbst. Deshalb ist es wohl lediglich ein rhe-
torisches oder diplomatisches Manöver, wenn er so tut,
als ob wir nur besser, aber nicht heißen könnten.

Daß Wilson in diesem Stadium der Dinge, das doch
ein gegen früher grundverändertes ist, so ganz und gar
unsern Standpunkt ignoriert, daß er auch mit keiner
Silbe auf die durch unsere Feinde geschaffene Besonde-
heit der Lage hinweist und nicht wenigstens ein Recht der
Notwehr bei uns anerkennt, beweist uns zur Genüge,
wie wenig freundlich er uns gesinnt ist, und wie sehr er
mit seinen innersten Sympathien zu unseren Feinden hin-
neigt. Wenn Wilson nur einen Schimmer von echtem
Gefühl für Gerechtigkeit besitzt, mußte er zugeben, daß
Deutschland, nachdem sein Friedensangebot mit einem
Schrei des Hasses und der Vernichtungsgier abgewiesen
worden war, nicht anders handeln konnte, als es gehan-
delt hat. Und wir werden mit Staunen inne, daß dieser
angeblich so gerecht empfindende, über den Dingen
stehende Staatsmann die ungewissenhaften Rechte seines
Volkes nur immer dann verteidigt, wenn sie seiner Mei-
nung nach von uns beeinträchtigt werden, daß er sich
aber über alle Völkerrechtsbrüche Annahmen und
Schänterungen hinwegsetzt, wenn sie von Seiten der
Entente kommen. Eine solche Politik ist eine Politik der
Ungerechtigkeit. Aber es paßt ganz zu dem der Unge-
rechtigkeit nun einmal anhaftenden System, daß seine
Vertreter sich nach außen hin als die Propheten des Frie-
dens, der Gerechtigkeit und Menschenliebe gebärden,
indem sie, wie Wilson es tat, die Welt mit gedanken-
reichen, schön klingenden Friedensbotschaften überfluteten,
ohne indessen gewillt zu sein, ihren Ideen mit der
Tat zu dienen. Wir kennen ein solches System, dessen
unerreichte Lehrmeister für die neue Geschichte die Eng-
länder sind, wie es für die alte die Römer waren, das
System des politischen Pharisäismus, und wir erkennen
in dem vorliegenden Falle ganz die Abhängigkeit, die den
amerikanischen Schüler an den englischen Lehrmeister
bindet. Wie widersinnig es wäre, wenn gerade Wilson,
der Friedensapostel, in den Krieg zöge, dafür haben
gerade Blätter, wie z. B. die „Wäcker Nationalzeitung“,
ein feines Verständnis. Uns würde die offene Feind-
schaft des Präsidenten zeigen, daß wir auch beim besten
Willen den guten Absichten seines Neutralen trauen
dürfen, wenn seine Interessen anderweitig engagiert
sind, und sein zu hoch gesteigertes Machtgefühl die Furcht
vor deutschen Schlägen nicht lenkt.

Wir haben schon neulich an dieser Stelle betont, daß
wir allen Möglichkeiten gefaßt ins Antlitz schauen. So
kann uns auch die neue Botschaft Wilsons nicht erschrecken.
Wir wünschen aufrichtig keinen Krieg mit Amerika, aber
wir scheuen ihn auch nicht, wenn er uns aufgedrungen
werden sollte. Man kann nicht von uns verlangen, daß
wir um der amerikanischen Interessen willen auf den
Sieg verzichten und uns einem Feinde unterwerfen, der
unsere Vernichtung will. Und es ist bereits ein der
Feindschaft ähnlicher Akt, wenn man uns solches über-
haupt zumutet. Wilson will uns die Waffe, von der wir
die baldige Erzwingung des Friedens erhoffen aus der
Hand schlagen. Damit tritt er aus der Haltung wahrer
Neutralität heraus und macht sich zum Anwalt der uns
feindlichen Partei, die den Frieden ablehnt und den
Krieg bis aufs Messer proklamiert.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die letzten Reserven Frankreichs.

Paris, 1. Febr. In der Kammer erklärte Javies
namens der Opposition, die Regierung verlange immer
mehr Männer. Frankreich habe aber die Grenzen
seiner Opfer erreicht. Die Möglichkeit
sei ins Auge zu fassen, daß Frankreich angesichts der wäh-
rend des Krieges gebrachten übertriebenen
Opfer gegenüber seinen Verbündeten in einen Zustand
der Unterlegenheit gerate. Die Regierung habe diesbe-
züglich in den Geheimkabinettsberatungen die Antwort
verweigert. Gegen jene aber, die unnützlich Menschenleben
verschleuderten, sollten Maßnahmen ergriffen werden.
Wir wollen, rief der Redner aus, den Krieg bis zum
siegreichen Ende fortführen, falls wir hierzu die Mittel
besitzen. Aber wir wünschen eine vollständige Mitwirkung
unserer Verbündeten. — Der Vorsitzende des Seereschiffes,
Mugnot, der den Nachmusterungsantrag be-
fürwortete, erklärte, daß nach dem jetzigen Nachmuster-
ungsvorschlag 350 000 bis 400 000 Mann nachgemustert

werden, die, wie ursprünglich geplant, 350 000 Mann. Dagnise führte bei Besprechung seines Zusatzantrages, nachdem die seit Kriegsausbruch nachgemusterten nicht mehr nachgemustert werden sollen, aus, die von Frankreich seit Kriegsausbruch gebrachten Opfer müßten endlich aufhören. Es sei unmöglich, neue Kontingente auszuheben, ohne das wirtschaftliche Leben lahmzulegen, umso mehr, da man 100 000 Mann von 350 000 Mann, also einen auf drei, einzuziehen gedenke. — Der Zusatzantrag wurde mit starker Mehrheit abgelehnt.

Schließlich wurde der Artikel 1, nach dem alle nur ein einziges Mal nachgemusterten der Jahressklassen 1894 bis 1914 einschließlich nachgemustert werden sollen, von der Kammer angenommen. (W.B.)

Fallières über die Friedensfrage.

Wien, 29. Jan. Der Deutschen Kriegszeitung wird von hier gemeldet, daß sich laut „Basler Anzeiger“ der ehemalige Präsident der französischen Republik, Fallières, zum Professor an der Sorbonne Edmond Delfart über die Friedensfrage und die Aussichten Englands im Weltkrieg in folgenden interessanten Sätzen geäußert:

Das Deutsche Friedensangebot, so sagt Fallières, ist ernsthaft gemeint, Deutschland will keine Eroberungen machen; es kämpft ohne Annexionsgedanken, wenn man den Versicherungen der deutschen Regierung glauben darf. Ich glaube, daß sich Deutschland und Rußland über Polen un schwer werden verständigen können, wenn erst von russischer Seite der Wille zur Verständigung vorhanden ist. Von Deutschland liegen keine Heintungen vor, wenn jetzt der Frieden geschlossen werden sollte.

Für Frankreich, Rußland England und Italien sei dagegen der Krieg noch nicht friedensreif. Nur eine Niederlage Deutschlands würde England in die Lage versetzen, alle Versprechungen zu erfüllen, die es eingegangen hat. An die Macht Englands, an seinen Kredit klammern sich die kleinen Staaten, die ihre Existenz für die Entente in die Waagschale geworfen haben. Ein verlorenener Krieg streift Englands Flagge von den Meeren. Der ganze kunstvolle Bau des englischen Weltstaates muß in sich zusammenfallen, wenn ihm ein Eckstein des Fundaments entzogen wird. Dieser Eckstein ist der Glaube der Welt an Englands Unbesiegbarkheit. Ein nicht gewonnenener Krieg ist für England ein verlorenener Krieg. Verliert England diesen Krieg, dann hat es eben so viel Feinde, wie es gegenwärtig Freunde besitzt; darum muß England siegen. Vielleicht würde sogar ein Schein des Sieges genügen.

Paris, 3. Febr. (Meldung der „Agence Havas.“) Die Kammer hat nach einer Rede des Kriegsministers Stauch mit 398 gegen 85 Stimmen den Gesetzentwurf über die Nachmusterung der Militäruntauglichen angenommen. Die Besprechungen über diesen Entwurf hatten am Donnerstag begonnen und waren trotz der Dringlichkeitserklärung und der neuen Geschäftsordnung dadurch in die Länge gezogen worden, daß eine nicht endenwollende Reihe von Zusatzanträgen eingebracht worden war. (W.B.)

London, 3. Febr. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die drei Frauen und der Mann, die beschuldigt sind, ein Komplott gegen das Leben Lloyd Georges geplant zu haben, wurden in Derby verhört. Die Erklärung des Generalanwalts, daß die Angeklagten versucht hätten, Lloyd George und Arthur Henderson durch Gift ums Leben zu bringen, rief Sensation hervor. Das Gift war Frau Wheller aus Southampton zugesandt worden. Es handelt sich um Strichninin und Curare. Mit dem Curare hätten Pfeile vergiftet und auf dem Landgute Walton Heath auf Lloyd George abgeschossen werden sollen. (W.B.)

Ostlicher und südlicher Kriegsschauplatz.

Petersburg, 3. Febr. Meldung der Petersburg Telegraphen-Agentur. Der Admiralfstab teilt unter dem 26. Jan. amtl. mit:

Bei der Entladung des Eisbrechers „Tscheljuskin“ bei einem der Anlandeplätze in Archangelsk ereignete sich eine Explosion und ein Brand, der sich sofort in den Gebieten dieses Wäschplatzes verbreitete. Der Brand verursachte Schaden an den Gebäuden beim Bahnhof und unter einigen Lagern. Schuppen und Bräcken. Von Schiffen wurde außer der „Tscheljuskin“ ein Schlepper zerstört; außerdem erlitten fünf Dampfer Beschädigungen, drei davon jedoch nur leichte. Unter 344 Verletzten sind 3 Offiziere, 99 Soldaten und 59 andere Personen schwer verletzt. Die Zahl der Toten ist noch nicht endgültig festgestellt, beläuft sich anscheinend aber auf etwa 30. Am 31. Januar konnten die Dampfer schon wieder an der Anlandeplätze anlegen. Die gewöhnlichen Arbeiten werden ungehindert fortgesetzt. (W.B.)

Der Krieg zur See.

Die Stellung Americas.

Washington, 3. Febr. Eine Meldung des Reuterschen Bureaus, besagt dem W.B. zufolge: Der amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, hat den Auftrag erhalten, die Botschaft zu schließen. Alle amerikanischen Konsuln und Mägtes sollen Deutschland verlassen. Spanien wird die Vertretung der amerikanischen Interessen in Deutschland übernehmen.

Washington, 6. Febr. (Reuters.) Im Kongress wurde ein Antrag zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 500 Millionen Dollars eingebracht, um Armee und Flotte in Bereitschaft zu bringen und jedem Auftreten von Elementen, die mit Deutschland sympathisieren, Widerstand leisten zu können. Marinechef Daniel hat den Marinewerften und Schiffstationen empfohlen, entsprechende Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Die gesetzgebende Kommission des Senats wird beauftragt werden, Maßregeln zu erwägen, um die Vereinigten Staaten vor Verschwörung zu schützen, die aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland entstehen könnten. (W.B.)

Washington, 3. Febr. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Schatzamt wies die Polizeibehörden in allen Häfen an, mit größter Sorgfalt darüber zu wachen, daß die neutralen Bestimmungen eingehalten werden, daß keinem Schiff gestattet wird, ohne Ausfuhrpapiere auszufahren, und daß kein bewaffnetes Schiff ohne Erlaubnis abreist. Neutrale Diplomaten glauben, daß die Regierung die von ihr zu befolgende Politik erst in einigen Tagen bekanntgeben wird. (W.B.)

Amsterdam, 5. Febr. Das Reutersche Bureau meldet, daß der deutsche Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ in Boston beschlagnahmt worden sei. Die amerikanische Regierung erwäge, ob die amerikanischen Schiffe durch die Seebörse von Kriegsschiffen geleitet werden sollen. — In Panamakanal seien vier Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, die sich dort seit Kriegsausbruch befanden, von den Behörden der Panamakanal mit Beschlagnahme belegt worden. (W.B.)

W. T. London, 1. Febr. Das Reutersche Bureau meldet aus Newyork: Der Hafen wurde heute morgen wieder geöffnet. Die Behörden teilten mit, daß den Schiffen gestattet sei, auszufahren, jedoch auf eigene Gefahr.

Wien, 5. Febr. Der Minister des Äußern Graf Czernin hatte nach einer Meldung des W.B. gestern eine einstündige Besprechung mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten, Penfield.

London, 3. Febr. Die „Times“ teilt mit, daß die Versicherungsprämien gestern gestiegen sind, besonders für Ladungen in neutrale Schiffe. Die Prämie für transatlantische Frachtschiffe stieg von 40 Schilling (= Mark auf 10 Pfund Sterling 200 M.), für Passagierschiffe von 30 Schilling auf 5 Pfund (100 M.).

Rotterdam, 3. Febr. Aus England zurückgekehrte Seeleute berichten von dem Einlaufen zahlreicher beschädigter englischer Zerstörer in englische Häfen in den letzten Tagen des Januar. An der Mündung des Humber wurden mehrere Zerstörer mit teilweise weggeschossenen Schornsteinen beobachtet. (W.B.)

Rotterdam, 4. Febr. In Schiffahrtskreisen verlautet, daß seit Beginn des verhängsten Tauchbootkrieges schon über 30 Schiffe versenkt worden sind.

Schiffsverluste

Christinia, 3. Febr. Das Schiff „Hird“ aus Christinia traf mit der Besatzung des Gothenburger Dampfers „Edda“, der am Sonntag mit vollen Ladung England verlassen hat, um nach Holmstad zu fahren, ein. Die „Edda“ wurde am Montag nachmittag in der Nähe des „Hird“ versenkt.

Bern, 2. Febr. Petit Journal meldet lt. W.B. aus Quimper: Der norwegische Dampfer „Imell“ (1123 Bruttoregister-tonnen) wurde versenkt. Die Besatzung ist teilweise gerettet. Der Schoner „Saint Léon“ (230 Bruttoregister-tonnen) wurde auf der Höhe von Yecamp versenkt. Die Besatzung ist gerettet.

Berlin, 5. Febr. (Nichtamtlich.) Die holländische Presse berichtet, daß der holländische Dampfer „Gamma“ (2115 Tonnen) am 1. Februar bei Landend torpediert worden sei. Die Besatzung sei durch den holländischen Dampfer „Vondel“ in Falmouth gelandet worden.

Wie von zuständiger Stelle verlautet, ist es nach den bestehenden Befehlen ausgeschlossen, daß die „Gamma“, wie die aus England stammende Meldung anzudeuten scheint, bereits am 1. Februar ohne Warnung torpediert worden ist. Er kann nur wegen Fehlens von Panzerriegelaufgebrächt und versenkt worden sein.

Bern, 2. Febr. „Petit Journal“ meldet aus Gherbourg: Der englische Dreimaster „Selby“ ist bei Omonville gescheitert. Das Schiff ist verloren. Der größte Teil der Besatzung ist ertrunken.

Bern, 3. Febr. „Republican de Lyon“ meldet aus El Ferrel, dort seien 29 Mann des versenkten dänischen Dampfers „Daisy“ gelandet worden.

London, 3. Febr. Loyds Agentur meldet: Die Bark „Spedonia“ (3283 Br.-R.-T.) ist versenkt worden. Der norwegische Dampfer „Heimland I“ (506 Br.-R.-T.) ist am 28. Januar auf eine Mine gestoßen. Der Kapitän und zwei Mann gingen in ein kleines Boot. Der Rest der Besatzung 10 Mann, wird vermisst. — Zwei britische Fischdampfer sind versenkt worden.

London, 4. Febr. Meldung des Reuterschen Bureaus. Der amerikanische Dampfer „Souzatanic“ (3143 Br.-R.-T.) ist versenkt worden. Ein deutsches Tauchboot versenkte der russischen Dampfer „Helicon“ und den spanischen Dampfer „Autrona“. Die Besatzungen sind bis auf zwei Spanier gerettet.

Rotterdam, 4. Febr. Die französischen Segelschiffe

„Bernadotte“ (125 Tonnen), „Denne Françoise“ (126 T.) und „Ophelia“ (159 T.), „Couronne“ (189 T.) wurden versenkt. (W.B.)

Türkischer Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 3. Febr. Amtlicher Seeresbericht vom 2. Februar.

Tigrisfront: Am 31. Januar auf 1. Februar nahm der Feind unsere Stellungen südlich von Tigris und die rückwärtigen Verbindungen unter heftiges Artilleriefeuer. Trotzdem führten unsere Erkundungspatrouillen mehrere glückliche Überfälle aus. Am 1. Februar war ein wichtiger Kampftag. Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Feind mit mehreren Infanterie-Abteilungen alle unsere südlich des Tigris gelegenen Stellungen an und zwang eines unserer Bataillone, sich aus der ersten in die zweite Linie zurückzuziehen. Indessen wurde der Angriff, den der Feind mit überlegenen Kräften gegen diese zweite Linie machte, sofort abgeschlagen. In anderen Frontteilen gelang es dem Feinde zuerst in unsere Stellung einzudringen. Er wurde aber durch unseren Gegenangriff mit dem Bajonettsangriff und unsere Stellung wurde wiedergewonnen. Bei diesem Angriff erlitt der Feind größere Verluste, als jemals bei den bisherigen Kämpfen, die bisher am Tigris stattfanden. Mehr vor der Front eines unserer Infanterie-Regimenter liegen mehr als tausend tote. Die Verluste des Feindes an Toten sind sicher nicht unter 2000 Außerden machten wir 41 Gefangene. Wären englische Soldaten, wenn sie versucht, sich zu ergeben, nicht von der eigenen Artillerie unter Feuer genommen und vernichtet worden, wäre die Zahl der Gefangenen noch größer. Im Zusammenhang mit dieser Kampfhandlung verlor der Feind eine Einkreisungsbewegung mit starken, durch Infanterie verstärkten Kavallerietruppen gegen unseren rechten Flügel. Wir wiesen auch diesen Versuch zurück und fügten dem Feind durch unser Infanterie- und Maschinengewehrfeuer beträchtliche Verluste zu, die wir später durch Artilleriefeuer steigerten. Unsere Verluste am 1. Januar waren verhältnismäßig unbedeutend.

Perlische Front: Ein Angriffsversuch des Feindes gegen unsere vorgeschobenen Truppen östlich von Goman wurde abgewiesen.

Kaukasusfront: Nur Tätigkeit von Aufklärungspatrouillen. Am 31. Januar sank eines der vier feindlichen Schiffe, die nördlich des Kaspis im Schwarzen Meer gesichtet wurden, nach einer furchtbaren Explosion.

Von den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis.

Der Krieg und die Heimat.

Die Hindenburgspende. Der Graf von Schwerin-Löwig hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Verwaltungsstelle der Hindenburgspende der Deutschen Landwirte an Seine Majestät den Kaiser das nachfolgende Telegramm gerichtet und darauf von Seiner Majestät die weiter folgende Antwort erhalten.

Eurer Majestät habe ich die Ehre, alleruntertänigst das hoch erfreuliche Ergebnis zu melden, welches der Ausruf des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an die deutschen Landwirte seitläte.

In der kurzen Zeit von etwa 6 Wochen bis heute sind nach der bei der Verwaltungsstelle der Hindenburgspende der deutschen Landwirte eingegangenen Meldungen bereits mehr als 1/2 Millionen Hektogramme Schmalz, Speck und Fleischwaren für die Nützlichkeitsarbeiten der deutschen Industrie gespendet worden. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Opferfreudigkeit der deutschen Landwirtschaft in dem Bestreben nicht nachlassen wird, den Nützlichkeitsarbeiten das Ausschalten in ihrer schweren Arbeit zu erleichtern.

Der Kaiser erwiderte: Ich danke Ihnen herzlich für die hoch erfreuliche Meldung von dem bisherigen, guten Ergebnis der Hindenburgspende der deutschen Landwirte zur kräftigen Ernährung der für das Vaterland mit äußerster Anspannung tätigen Nützlichkeitsarbeiten. Die Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit der deutschen Landwirtschaft werden auch weiterhin bis zur siegreichen Beendigung unseres Existenzkampfes nicht nachlassen in treuer Mitarbeit und Hilfe in den Nöten unserer Zeit. Wilhelm I. R.

Der bayerische Kriegsminister über die militärische Lage.

Zu Finanzminister des Bayerischen Landtages machte der bayerische Kriegsminister Generalleutnant von Hellingrath Mitteilungen über die militärische Lage, die teilweise vertraulicher Natur waren: Er führte u. a. aus: Der siegreiche Feldzug in Rumänien hat große wirtschaftliche und militärische Erfolge gebracht. Eine für den Krieg entscheidende Bedeutung hat diese Operation naturgemäß nicht bringen können. Die große Entscheidung liegt noch vor uns. Die verschiedenen großen Durchbruchversuche des abgelassenen Jahres sind gescheitert, auch unsere Offensive bei Verdun hat keinen durchschlagenden Erfolg gehabt, wenn man auch die große strategische Bedeutung dieser Schlacht als Entlastungsoperation nicht unterschätzen darf. Die Erfahrung zeigt, daß eine Durchbruchsoffensive im jetzigen Stellungskrieg eine außerordentliche Überlegenheit an Material und Personal voraussetzt. Diese Überlegenheit für unsere Armee durch Mannschaftserziehung, Ausbildung und gesteigerte Beschaffung von Kriegsgüter sicherzustellen, ist unsere letzte wichtige Aufgabe. Ein Überblick über den Zustand der Entente-Armeen beweist, daß wir noch schwere Kämpfe vor uns haben und daß für ihre Vorbereitung unsere Kräfte das Möglichste gesehen muß. Dann dürfen wir aber auch mit ruhiger Zuversicht den kommenden Angriffen der Entente entgegengehen. Es ist ausgeschlossen, daß es ihnen gelingt, unsere Fronten zu durchbrechen und örtliche Erfolge im weiteren Umfang auszunützen. Dadurch das Friedensangebot geklärt Lage gibt uns das Recht und legt uns die Pflicht auf, jedes Mittel anzuhängen, um die Entscheidung des Krieges zu beschleunigen. Dazu ist der uneingeschränkte U-Bootkrieg ein geeignetes Mittel. Seine Erfolgswahrscheinlichkeit



Underberg

Wahlspruch:
SEMPER IDEM.

Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung
Underberg

in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität
bleibt unverändert.



H. Underberg-Albrecht
RHEINBERG (Rhd.) • Gegründet 1846.



Preussischer Beamten-Verein in Hannover

(Präsident: Seine Majestät der Kaiser)
Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, kaufmännische Angestellte und sonstige Privatangehörige.
Vermögensbestand 438759193 M., Vermögensbestand 163199309 M.
Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsdauer mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichssteuer beträgt von 1/10 der Prämie trägt die Vereinskasse. Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb niedrige Verwaltungskosten.
Wer rechnen kann, wird sich aus den Druckfaden des Vereins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. Man lese die Druckfaden: Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung. Zusendung der Druckfaden erfolgt auf Anforderung kostenfrei durch die Direktion des Preussischen Beamten Vereins in Hannover. Bei einer Druckfaden-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Für
**Kriegsküchen, Kantinen
Lazarette u. s. w.**

empfehlen wir unsere bewährten
Kartoffelschälmaschinen für Hand- und Kraftbetrieb, 1 Satz ca. 100 Ztr. pro Tag
Kartoffelquetschmaschinen
Kartoffelwaschmaschinen
Kartoffelscheibenschneidemaschinen
Kraut- u. Kohlschneidemaschinen
Fleischmühlen
Knochenmühlen D.250
Milch-Zentrifugen
sowie alle übrigen Maschinen für Großküchenbetriebe
In Betrieb zu sehen: Kriegsküche Mannheim, Kriegsküche Heidelberg, Kriegsküche Handschuhshaus, Militärküche Ers.-Bat., Reg. 110, Mannheim, Militärküche Ers.-Bat., Reg. 172, Buhl. Referenzen von Krankenhäusern, Lazaretten, Kantinen usw. zu Diensten
Gebr. Schwabenland
Hoflieferanten :: Mannheim
Spezialhaus gediegener Kücheneinrichtungen
Filialen: Berlin, Köln, Wien, Zürich

Druckarbeiten

jeder Art liefert rasch und in geschmackvoller Ausführung
G. Braunsche Holbuchdruckerei
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Str. 14, Tel. 953-954

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
11.36. Bonnorf. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Witthauers Philipp Kübler in Bonnorf ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf: Donnerstag, den 1. März 1917, vormittags 11 Uhr.
Bonnorf, 3. Febr. 1917.
Der Gerichtsschreiber des Groß. Amtsgerichts.

11.35. Bonnorf. In dem Nachlaßkonkurs des Witthauers Philipp Kübler in Bonnorf sind 9 M. 64 Pf. bevorrechtigte und 5582 M. 85 Pf. nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Verfügbare Masse: 750 M. 52 Pf. Es soll Schlußverteilung stattfinden.
Bonnorf, 3. Febr. 1917.
Der Nachlaßkonkursverwalter: Eberhardt.

11.32. Kallst. Über den Nachlaß der Landwirtin Josef Dehler Ehefrau Elisabeth geb. Köhler in Kallst wurde heute, am 2. Februar 1917, vormittags 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.
Der Rechtsanwalt Dr. Vogel in Kallst wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 24. Februar 1917 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem hiesigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf: Dienstag, 27. Februar 1917, vormittags 11 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf: Dienstag, 27. Februar 1917, vormittags 11 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben,

nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. Februar 1917 Anzeige zu machen.
Kallst, 2. Februar 1917.
Gerichtsschreiber des Groß. Amtsgerichts.

Bekanntmachungen
Bei diesseitiger Stelle sind **2 Kanzleiausstellstellen** auf längere Dauer gegen die üblichen Vergütungssätze alsbald zu besetzen.

Geeignete Bewerber, auch aus der Zahl der Kriegseingesetzten und der im Einvernehmen mit dem hiesigen Kreisamte erwählten weiblichen Personen wollen unter Vorlage von Zeugnissen und Lebenslauf ihre Gesuche um Übertragung dieser Stellen hierher alsbald einreichen; auch zurückgeforderte Beamte kommen in Betracht. Bewerber sollen möglichst schreibmaschinell kundig sein.
Kallst, 2. Febr. 1917.
Groß. Bezirksamt: Wechtold.

Papierholzerzeugung des Forstamts Kallst am Samstag, den 10. Februar 1917, vormittags 10 Uhr, auf

dem Geschäftszimmer in Kallst, Loggengasse 6: 568 Biergeschäfte sichtenes Kollern und Frägen in einem Los. Hochwert Schrot in Kallst, Post Allensbach, zeigt das Holz vor. 11.34

Kriegsausnahmetarife.
Die Ausnahmetarife für Roggen- und Weizenmehl (2 m) und für feine Kartoffeln zur Herstellung von Trockenkartoffeln usw. (2 n) sind mit Gültigkeit vom 1. Februar 1. F. neu ausgedruckt worden. Der Abgabepreis beträgt je 5 Pf. für das Stück. 11.31
Karlsruhe, 3. Febr. 1917.
Groß. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.

G. Braunsche Holbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe

Der Verkehr mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren

Nach dem Stande vom Januar 1917
bearbeitet und herausgegeben im Auftrage der Handelskammer Halberstadt
von
Dr. Ferdinand Bachmann und Referendar **Hans Flemming**
Preis M. 1.20

Die etwa 100 Seiten umfassende Druckschrift, die nicht nur die Reichsbekleidungsordnung selbst, sondern auch die neuesten Bekanntmachungen und Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle, sowie Nachträge über Preisbemessung bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren enthalten wird, soll den amtlichen Stellen ein Mittel zur zuverlässigen Auskunftserteilung sein und gleichzeitig den Interessenten ein vollständiges übersichtliches Bild aller für sie in Betracht kommenden Bestimmungen und Grundsätze bieten. Die von der Reichsbekleidungsstelle herausgegebenen Mitteilungen dürften nur auf Grund dieser Zusammenstellung den Interessenten — zumal den Detaillisten — von Vorteil sein.
Den städtischen Bekleidungsämtern, sowie den Gemeindeverwaltungen, die Bezugscheine auszustellen haben, wird diese Schrift gute Dienste leisten.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und auch vom Verlag